

Internetrecht und Digitale Gesellschaft

Band 73

Veröffentlichung von (automatisch) anonymisierten Gerichtsentscheidungen

Von

Michael Keuchen



Duncker & Humblot · Berlin

MICHAEL KEUCHEN

Veröffentlichung von
(automatisch) anonymisierten Gerichtsentscheidungen

Internetrecht und Digitale Gesellschaft

Herausgegeben von

Dirk Heckmann

Band 73

Veröffentlichung von (automatisch) anonymisierten Gerichtsentscheidungen

Von

Michael Keuchen



Duncker & Humblot · Berlin

Der Fachbereich Rechtswissenschaft
der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg hat diese Arbeit
im Sommersemester 2024 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten
© 2025 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

ISSN 2363-5479
ISBN 978-3-428-19354-7 (Print)
ISBN 978-3-428-59354-5 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ⊗

Verlagsanschrift: Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9,
12165 Berlin, Germany | E-Mail: info@duncker-humblot.de
Internet: <https://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2024 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) als Dissertation angenommen. Die Literatur, Rechtsprechung und Gesetzgebung wurde bis Ende Januar 2024 berücksichtigt.

Mein Dank gilt meinem Doktorvater Prof. Dr. Axel Adrian, der mir nach meinem Referendariat im Rahmen einer interdisziplinären Lehrveranstaltung zum Thema Legal Tech die Möglichkeit zur Promotion eröffnet hat. Darüber hinaus brachte die Veranstaltung zahlreiche Fachdisziplinen und Menschen zusammen und legte damit den Grundstein von Legal Tech an der FAU. Daraus entstand auch das Forschungsprojekt zur automatischen Anonymisierung von Gerichtsentscheidungen zusammen mit Prof. Dr. Axel Adrian, Prof. Dr. Stephanie Evert (Lehrstuhl für Korpus- und Computerlinguistik) und dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz. Dankenswerterweise durfte ich in diesem interdisziplinären und praxisorientierten Projekt arbeiten. Dadurch wurden mir wertvolle Einblicke in die Rechtspraxis und die technischen Hintergründe gegeben. Der fachliche und interdisziplinäre Austausch mit Prof. Dr. Axel Adrian, Prof. Dr. Stephanie Evert, Philipp Heinrich, Nathan Dykes, Dr. Thomas Proisl, Bao Minh Doan Dang, Dr. Leonardo Zilio, Julian Werner und Melanie Rosa war stets gewinnbringend und hat mich für die vorliegende Arbeit sehr bereichert. Gleichermaßen gilt für die Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium der Justiz, dem Amtsgericht Erlangen und der Nürnberger Justiz.

Dankenswerterweise hat Prof. Dr. Hans Kudlich die Zweitkorrektur der Arbeit übernommen. Bereits in meinem Studium habe ich ihn als einen tollen Lehrenden erfahren, der stets für andere Fächer, wie die Informatik, offen war. Darüber hinaus gilt ihm mein Dank auch für die Unterstützung bei der Durchführung eines De-Anonymisierungsexperiments von Gerichtsentscheidungen, das er als Sprecher des Graduiertenkollegs Cyberkriminalität und Forensische Informatik förderte.

Ohne Dr.-Ing. Dominic Deuber wäre die Konzeption und Durchführung dieses De-Anonymisierungsexperiments nicht möglich gewesen. Vom ganzem Herzen bedanke ich mich für die zahlreichen gemeinsamen Projekte und den immerwährenden fachlichen und persönlichen Austausch in unserer gemeinsamen Promotionszeit in verschiedenen Fachkulturen. Er ist eine sehr große Bereicherung in meinem Leben.

Ein treuer und zuvorkommender Begleiter während meiner Zeit als Beschäftigter an der FAU war PD Dr. Martin Zwickel. Ihn durfte ich bereits als offenen, herzlichen und hilfsbereiten Menschen noch als Studieninteressierter kennenlernen. Seitdem eröffnete er mir viele Beschäftigungsoptionen und ließ mir immer den notwendigen Freiraum für meine wissenschaftliche Arbeit. Ich danke ihm für die langjährige und vertrauensvolle Zusammenarbeit sowie für seine Mitwirkung als Prüfer in meiner mündlichen Doktorprüfung.

Nicht zuletzt gilt mein herzlicher Dank meiner Familie, die meinen akademischen Werdegang erst ermöglicht und immer gefördert hat.

Erlangen, im August 2024

Michael Keuchen

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1

Einleitung, Begriffsbestimmungen und Problemaufriss	33
A. Warum braucht es (auch) veröffentlichte und anonymisierte Gerichtsscheidungen? Daten für Legal Tech	33
B. Warum entwickeln sich Legal Tech, juristische KI, Blockchain-Technologie usw. für juristische Anwendungen nur langsam?	34
I. Legal Tech	34
II. Künstliche Intelligenz	37
III. Erste Problemverortung	38
C. Was verbindet alle Legal Tech Wunschkonzepte? Algorithmen und Modelle	39
I. Algorithmen, Expertensysteme und symbolische KI	39
II. Modelle, maschinelles Lernen, subsymbolische KI und Deep Learning	41
III. Mensch und Maschine	44
D. Weshalb scheitert die Umsetzung vieler Legal Tech-Konzepte? Vernetzte Datenbanken	50
I. Maschinenlesbarkeit und Vernetzung	50
II. Datenbreite und Datenqualität	51
E. Was wird für komplexe Anwendungen benötigt? Diverse und immense Daten	52
I. Spezifische Daten und Weltwissen als Trainingsdaten	52
II. Fehlende Bandbreite juristischer Daten	53
III. Lehren aus bisherigen Anwendungen für den Datenumfang	55
F. Wie lässt sich eine immense Datenmenge generieren? Digitalisieren und Veröffentlichen	57
G. Warum wird zu wenig digitalisiert und veröffentlicht? Fehlende Anonymisierung	60
H. Wie lassen sich mehr Daten anonymisieren? Sukzessives Veröffentlichen und (semi)automatisches Anonymisieren	63
I. Leitfragestellungen für den Gang der Untersuchung	65

Kapitel 2

Rechtliche Betrachtungen bei der Veröffentlichung von Gerichtsentscheidungen durch den Staat	66
A. Transparenz und Open Data	66
I. Transparenz staatlichen Handelns als demokratische und rechtsstaatliche Basis	66
II. Grundrecht auf Informationsfreiheit	68
III. Inhaltliche Dimensionen des Transparenzbegriffs	71
IV. Zielsetzungen von Open Data	74
V. Open Government	75
B. Open Justice im Hinblick auf die Entscheidungspublikation	77
I. Begriffsbestimmungen und Dimensionen von Open Justice	77
II. Historische Entwicklung der gerichtlichen Entscheidungspublikation ..	82
1. Phase des Begründungsausfalls und keiner Publizität	82
2. Phase der Etablierung einer Begründungspflicht	84
3. Phase der beginnenden Fachpublizität	85
4. Phase der Diversifizierung der Publizität und Allgemeinzugänglichkeit	86
5. Historischer Umgang mit der Anonymisierung	88
6. Fazit: Ein langer Weg zur Entscheidungspublizität	90
III. Entwicklung der Veröffentlichungspraxis in Deutschland	90
1. Grundlegende Methodik zur Bestimmung der Veröffentlichungspraxis	90
2. Betrachtungen in den 1970er Jahren	92
3. Untersuchungen in den 1980er bis 1990er Jahren	93
4. Untersuchungen in den 2000er Jahren	95
5. Untersuchungen in den 2010er Jahren	96
6. Fazit zur Veröffentlichungspraxis	100
IV. Vor- und Nachteile einer umfassenden Entscheidungspublikation für die Gesellschaft, Gerichtsbarkeiten und Rechtsanwaltschaft	102
1. Untersuchungsgegenstand	102
2. Betrachtungen und Folgen aus Sicht der rechtsuchenden Gesellschaft	103
a) Kontrollfunktion und Partizipation der Öffentlichkeit	103
b) Transparente Entscheidungen schaffen Systemvertrauen	106
c) Bildungs-, Erziehungs- und Informationswirkungen von Entscheidungen	107
d) Keine Überforderung durch gesteigerten Rezeptionsaufwand ..	110
aa) Entscheidungsmenge	110
bb) Transparenter Selektionsprozess	112
cc) Effektiver Rezeptionsprozess	114

3.	Betrachtungen und Folgen aus Sicht der Gerichtsbarkeiten	118
a)	Keine Einschränkungen der richterlichen Unabhängigkeit	118
b)	Arbeitsbelastung der Gerichtsbarkeiten durch die Anonymisierung und Veröffentlichung	123
aa)	Arbeitsbelastung als faktisches Problem	123
bb)	Schriftliche kleine Anfrage in Hamburg	124
cc)	Erhebungen in Schweizer Kantonen	125
dd)	Betrachtungen für die Niederlande	127
ee)	Arbeitsentlastung durch Software zur automatischen Anonymisierung	127
ff)	Fazit: Arbeitsbelastung kein Hinderungsgrund	128
c)	Bedeutungszuwachs der instanzgerichtlichen Entscheidungen . .	129
4.	Betrachtungen aus Sicht der Rechtsanwaltschaft	134
a)	Grundzüge der anwaltlichen Haftung mit Blick auf die Kenntnis von Rechtsprechung	134
b)	Folgen hinsichtlich der anwaltlichen Haftung bei zunehmenden Entscheidungspublikationen	137
c)	Gesteigerte Arbeitsbelastung und Nutzungspflicht von Datenbanken für die Anwaltschaft	139
V.	Analyse der Rechtsgrundlagen zur Entscheidungsveröffentlichung in Deutschland	142
1.	Zuständigkeit und Notwendigkeit einer Rechtsgrundlage für die Entscheidungsveröffentlichung	142
a)	Fragestellung	142
b)	Prozess der Entscheidungsveröffentlichung als Bestandteil der Rechtsprechung, Gerichtsverwaltung oder Justizverwaltung . .	143
aa)	Prozess und Beteiligte der Entscheidungsveröffentlichung .	143
bb)	Entscheidungsveröffentlichung keine Rechtsprechungstätigkeit	144
cc)	Entscheidungsveröffentlichung als Aufgabe der Gerichtsverwaltung?	147
dd)	Entscheidungsveröffentlichung als Aufgabe der Justizverwaltung?	148
c)	Notwendigkeit einer Rechtsgrundlage für die Veröffentlichung von Gerichtsentscheidungen	150
2.	Spezialgesetzlich normierte Veröffentlichungspflichten und Bekanntmachungsbefugnisse	151
a)	Veröffentlichung von Entscheidungsformeln des Bundesverfassungsgerichts nach § 31 II 3 BVerfGG	151
aa)	Entscheidungen im Hauptsacheverfahren	151
bb)	Einstweilige Anordnungen	153
b)	Veröffentlichungspflichten bei Entscheidungen der Verfassungsgerichte der Länder	155

c) Veröffentlichung von Entscheidungsformeln des Oberverwaltungsgerichts nach § 47 V 2 Hs. 2 VwGO	158
aa) Entscheidungen im Hauptzscheverfahren	158
bb) Einstweilige Anordnungen	160
cc) Geringe Effekte der Veröffentlichungspflicht nach § 47 V 2 Hs. 2 VwGO	162
d) Veröffentlichung von Entscheidungsformeln des Landessozialgerichts nach § 55a V 2 Hs. 2 SGG	163
e) Veröffentlichungen des OVG bei grundsätzlicher Bedeutung... .	163
f) Bekanntmachungen nach dem Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz	165
g) Bekanntmachungen nach dem Verbraucherrechte durchsetzungsgesetz	168
h) Veröffentlichungsbefugnis der Urteilsformel nach § 7 UKlaG ..	173
i) Gerichtliche Veröffentlichungsbefugnisse hinsichtlich des Urteils im Wettbewerbsrecht und Immaterialgüterrecht	177
aa) Urteilsbekanntgabebefugnis nach § 12 II UWG	177
bb) Weitere Urteilsbekanntgabebefugnisse im Recht des geistigen Eigentums	180
j) Gerichtliche Bekanntgabebefugnis nach § 21 GeschGehG	185
k) Bekanntmachungen infolge von strafrechtlichen Verurteilungen	188
aa) Urteilsbekanntgabebefugnisse im Recht des geistigen Eigentums	188
bb) Urteilsbekanntgabebefugnisse im Kernstrafrecht (StGB) ..	192
l) Fazit hinsichtlich der spezialgesetzlich normierten Veröffentlichungspflichten und Bekanntmachungsbefugnisse	195
3. Entscheidungsveröffentlichung aufgrund des Öffentlichkeitsgrund-satzes	195
a) Grundsatz der Öffentlichkeit	195
b) Verkündungsgebot nach §§ 169 I 1, 173 I GVG	197
4. Publikation nach völkerrechtlichen Verpflichtungen	200
a) Art. 14 Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte	200
b) Art. 6 EMRK	202
5. Akteneinsichtsrechte als Rechtsgrundlage für die Entscheidungspublikation	205
a) Akteneinsichtsrecht nach § 299 II ZPO	205
aa) Grundsätze zur Akteneinsicht Dritter im Zivilprozess	205
bb) Angeordnete entsprechende Anwendung von § 299 II ZPO ..	210
cc) Keine auffangende Anwendung von § 299 II ZPO wegen abschließender Regelungen in VwGO, FGO und SGG	210
dd) Keine umfassende Entscheidungspublikation über § 299 II ZPO (entsprechend)	214
b) Auskünfte und Akteneinsicht nach § 475 StPO	215

6.	Auskunftsansprüche der Presse	220
a)	Landespresserechtlicher Auskunftsanspruch am Beispiel des Art. 4 BayPrG	220
aa)	Presserechtliche Auskunftsansprüche	220
bb)	Anspruchsberechtigte Presse	221
cc)	Anspruchsverpflichtete Behörden	222
dd)	Entgegenstehende überwiegende gesetzliche Vorschriften .	223
b)	Verfassungsumittelbarer Auskunftsanspruch aus Art. 5 I 2 GG	225
7.	Anspruch aus den Informationsfreiheitsgesetzen	227
a)	Anwendbarkeit des IfG bei Gerichtsentscheidungen	227
b)	Subsidiarität des IfG	229
aa)	Allgemeines zur Sperrwirkung bei abschließender Spezialregelung	229
bb)	Grundsätzliche Sperrwirkung durch Akteneinsichtsrechte .	231
cc)	Keine Sperrwirkung durch Presserecht	234
c)	Schutz von besonderen Rechtspositionen nach §§ 5, 6 IfG . .	235
d)	Teilstattgabe nach § 7 II 1 IfG	236
e)	Unverhältnismäßiger Verwaltungsaufwand nach § 7 II S. 1, 2 IfG	237
f)	Informationsfreiheitsgesetze als stumpfes Schwert für einen Entscheidungszugang	241
8.	Allgemeine und verfassungsimmanente Veröffentlichungspflicht aus dem Demokratie- und Rechtsstaatsgebot sowie dem Justizgewährungsanspruch	244
a)	Grundsätze einer allgemeinen Veröffentlichungspflicht	244
b)	Entscheidungsveröffentlichung als richterliche Amtspflicht und korrespondierender Anspruch	248
c)	Umfang der Veröffentlichungspflicht am Maßstab der Veröffentlichungswürdigkeit?	256
aa)	Veröffentlichungswürdigkeit nach dem BVerwG	256
bb)	Kritik an der Veröffentlichungswürdigkeit	258
d)	Veröffentlichung von höchstrichter- und obergerichtlicher Rechtsprechung	261
e)	Veröffentlichung von instanzgerichtlicher Rechtsprechung . .	265
aa)	Vorbemerkung zum Stellenwert der Eingangsinstanzen . .	265
bb)	Differenzierung individueller Sachverhaltsausprägungen .	267
cc)	Gleichförmige Entscheidungen für maschinelle Lernverfahren	268
dd)	Ungeklärte oder wandelnde Rechtslage	271
ee)	Transparenz lokaler Besonderheiten	274
ff)	Tatsächliche Letztentscheidung wegen eingeschränkten Instanzenzugs	275
gg)	Überwiegende faktische Letztentscheidung	278

hh) Ununterbrochene Veröffentlichungskette der jeweiligen Vor- und Nachinstanzen	281
f) Veröffentlichung von (noch) nicht rechtskräftigen Entscheidungen	282
aa) Allgemeines	282
bb) Kein Veröffentlichungsverbot wegen § 353d Nr. 3 StGB ..	284
g) Veröffentlichung von Hinweisbeschlüssen	290
h) Fazit: Veröffentlichungswürdigkeit als mittlerweile entbehrliches Kriterium	296
9. Anforderungen an das „Wie“ (Art und Weise) der Veröffentlichung	298
a) Korrespondierendes „Wie“ der Veröffentlichung	298
b) Anwendungsbereich des DNG in Bezug auf Gerichtsentscheidungen	299
c) Ausschlussgründe nach dem DNG	301
d) Anforderungen aus dem DNG für Entscheidungsveröffentlichung	303
aa) Verfügbare Dateiformate	303
bb) Maschinenlesbarkeit	303
cc) Obligatorische Metadaten	307
dd) Anwendungsprogrammierschnittstellen de lege ferenda ...	308
ee) Nutzung für kommerzielle oder nichtkommerzielle Zwecke	311
e) Entwicklungspotenziale und Ausblick	312
aa) Einheitliche allgemeinzugängliche Entscheidungsdatenbank	312
bb) Technische Entwicklungspotenziale	314
VI. Rechtsvergleichende Betrachtungen zu den Rechtsgrundlagen zur Entscheidungsveröffentlichung im deutschsprachigen Rechtsraum und der Gerichtsbarkeit auf europäischer Ebene	318
1. Rechtsvergleichung zu Österreich	318
a) Straf- und Zivilgerichtsbarkeit	318
b) Verwaltungsgerichtsbarkeit	322
c) Finanzgerichtsbarkeit	325
2. Rechtsvergleichung zur Schweiz	326
a) Bundesgericht	326
b) Bundesverwaltungsgericht	329
c) Bundesstrafgericht	330
d) Bundespatentgericht	330
e) Gerichte auf kantonaler Ebene	331
f) Rechtsvergleichendes Fazit	332
3. Rechtsvergleichung zum Gerichtshof der Europäischen Union ..	334
a) Gerichtshof der Europäischen Union	334
b) Gericht der Europäischen Union	339
c) Ergebnis	341
4. Rechtsvergleichung zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte	341

5. Rechtsvergleichendes Fazit	345
---	-----

*Kapitel 3***Rechtliche Vorgaben zur Anonymisierung von Gerichtsentscheidungen** 346

A. Grenzen der Veröffentlichung und Anonymisierung	346
B. Verfassungsrechtliche Schutzpositionen	348
I. Allgemeines Persönlichkeitsrecht und Recht auf informationelle Selbstbestimmung	348
1. Personeller Schutzbereich	348
a) Natürliche Personen	348
b) Juristische Personen	350
2. Sachlicher Schutzbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	353
a) Reichweite des Persönlichkeitsrechts	353
b) Selbstbestimmung und Selbstdarstellung	355
c) Persönlichkeitsentfaltung	356
d) Recht auf Vergessen	358
3. Sachlicher Schutzbereich des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	359
4. Eingriffe durch Entscheidungspublikation	361
5. Rechtfertigung	363
a) Kriterien für die Rechtfertigung	363
b) Anwendung auf die Besonderheiten der Entscheidungspublikation	365
aa) Pflicht zur gerichtlichen Datenpreisgabe und Veröffentlichung	365
bb) Wissen um Veröffentlichung	367
cc) Höchstpersönliche Informationen	368
dd) Hohe Missbrauchsgefahren	370
c) Fazit	372
II. Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis nach Art. 10 GG	373
III. Unverletzlichkeit der Wohnung nach Art. 13 GG	375
IV. Berufs- und Unternehmensfreiheit nach Art. 12 GG	378
1. Grundrechtsträgerschaft	378
2. Persönlichkeitsrechtlicher Gewährleistungsgehalt	378
3. Gewährleistung eines freien Wettbewerbs	379
a) Berufliche und marktbezogene Außendarstellung	380
b) Schutz der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	381
4. Entscheidungsveröffentlichung regelmäßig ohne berufsregelnde Tendenz	382
V. Eigentumsfreiheit nach Art. 14 GG	384
VI. Zwischenfazit für die Entscheidungsveröffentlichung	385

C. Ableitungen aus den Regelungen zur Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit?	387
I. Öffentlichkeitsgrundsatz macht Anonymisierung entbehrlich?	387
II. Vertrauen der Parteien in Persönlichkeitsschutz	389
III. Eingriffsintensivere dauerhafte Veröffentlichung	391
IV. Keine Ermächtigung zum Grundrechtseingriff	393
V. Aufgreifen von Schutzpositionen zur (nachträglichen) Absicherung des Öffentlichkeitsausschlusses	395
1. Gleichlauf von Nichtöffentlichkeit und Anonymisierung	395
2. Ausschluss in Familiensachen	396
3. Ausschluss in Unterbringungssachen nach § 171a GVG	397
4. Ausschluss nach § 171b GVG zum besonderen Schutz der Privatsphäre	397
5. Strafsachen gegen Jugendliche und Heranwachsende	400
6. Öffentlichkeitsausschluss in Disziplinarsachen	402
7. Weitere Gründe für den Öffentlichkeitsausschluss nach § 172 GVG	403
a) Fakultativer Individual- und Kollektivschutz	403
b) Staatssicherheit, öffentliche Ordnung oder Sittlichkeit	403
c) Leben, Leib und Freiheit	405
d) Geschäfts-, Betriebs-, Erfindungs- oder Steuergeheimnis	406
e) Privates Geheimnis	408
f) Vernehmung Minderjähriger	409
8. Nicht öffentliche finanzgerichtliche Verfahren	411
9. Besonderheiten in arbeitsgerichtlichen Verfahren nach § 52 ArbGG	412
10. Weitere entsprechende Anwendung der §§ 169 ff. GVG	415
VI. Folgerungen für Entscheidungsveröffentlichung	415
D. Einfachgesetzliche Schutzzvorschriften	416
I. Allgemeiner Datenschutz nach der DSGVO	416
1. Anwendbarkeit für Entscheidungsveröffentlichung	416
2. Folgen und Besonderheiten für die Entscheidungsveröffentlichung	419
a) Allgemeine Folgen	419
b) Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 9 I, II lit. f, e DSGVO	420
c) Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten nach Art. 10 DSGVO	423
d) Anwendung der Verarbeitungsgrundsätze nach Art. 5 DSGVO	423
aa) Art. 5 I lit. a DSGVO: Rechtmäßigkeit, Verarbeitung nach Treu und Glauben sowie Transparenz	423
bb) Art. 5 I lit. b DSGVO: Zweckbindung	426
cc) Art. 5 I lit. c DSGVO: Datenminimierung	428
dd) Art. 5 I lit. d DSGVO: Richtigkeit	430
ee) Art. 5 I lit. e DSGVO: Speicherbegrenzung	432
ff) Art. 5 I lit. f DSGVO: Integrität und Vertraulichkeit	433

e) Verarbeitung und Zugang der Öffentlichkeit zu amtlichen Dokumenten nach Art. 86 DSGVO	433
f) Konsequenzen für die Entscheidungsveröffentlichung	434
3. Grenzen der DSGVO	435
a) Kein Schutz juristischer Personen	435
b) Eingeschränkter Anwendungsbereich der DSGVO	436
II. Steuergeheimnis nach § 30 AO	437
1. Schutzzwecke des Steuergeheimnisses	437
2. Persönlicher Schutzbereich	438
3. Sachlicher Schutzgegenstand	439
a) Personenbezogene Daten eines anderen	439
b) Fremde Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse	440
4. Bekanntwerden für die Verpflichteten des Steuergeheimnisses	440
a) Amtsträger und ihnen gleichgestellte Personen	440
b) Bekanntwerden nach § 30 II Nr. 1 a) AO	441
c) Bekanntwerden nach § 30 II Nr. 1 b) AO	442
d) Bekanntwerden nach § 30 II Nr. 1 c) AO	442
5. Zulässige Offenbarung oder Verwertung geschützter Daten	443
a) Offenbarung von Entscheidungsinhalten	443
b) Zulässige Offenbarungen	446
aa) Dienen der Durchführung des gerichtlichen Verfahrens nach § 30 IV Nr. 1 AO	446
bb) Ausdrückliche Zulassung durch Bundesgesetz nach § 30 IV Nr. 2 AO	447
cc) Zustimmung der betroffenen Person nach § 30 IV Nr. 3 AO	448
dd) Bestehen eines zwingenden öffentlichen Interesses nach § 30 IV Nr. 5 AO	449
6. Folgen für die Entscheidungsveröffentlichung	451
III. Sozialgeheimnis nach § 35 SGB I	453
1. Schutzzweck des Sozialgeheimnisses	453
2. Sozialdaten	453
3. Verpflichtete des Sozialgeheimnisses	454
4. Wertungen für die Entscheidungsveröffentlichung	456
IV. Geschäftsgeheimnisgesetz	457
1. Fehlende allgemeingültige Anwendbarkeit wegen § 1 II Gesch-GehG	457
2. Geheimhaltungspflicht in Geschäftsgeheimnisstreitsachen	458
V. Verwaltungsgeheimnis nach § 30 VwVfG und Geheimhaltungspflicht nach § 99 II 10, 11 VwGO	461
VI. Amtsverschwiegenheit	461
VII. Strafbewehrte Offenbarungsverbote	463
VIII. Vorhalte- und Verwertungsverbot nach § 51 I BZRG	466
IX. Namensrecht nach § 12 BGB	468

1.	Ansprüche bei Namensrechtsverletzung	468
2.	Namensrechtsverletzung	469
a)	Zuordnungsverwirrung durch unbefugte Namensanmaßung	469
b)	Namensgebrauch	469
c)	Zuordnungsverwirrung	470
d)	Unbefugtheit	471
e)	Schutzwürdige Interessen des Namensträgers oder des Namenskollektivs	471
3.	Keine Namensverletzung in veröffentlichten Gerichtsentscheidungen	472
X.	Zwischenfazit aus der rechtlichen Analyse	472
E.	Zusammenfassende Ableitungen	473
I.	Natürliche Personen	473
1.	Generelle Anonymisierungsbedürftigkeit	473
2.	Ausnahme bei Einwilligung	474
3.	Besonderheiten bei Prominenten und Personen der Zeitgeschichte	474
4.	Besonderheiten bei juristischen Funktionsträgern	476
II.	Juristische Personen des Privatrechts	481
III.	Juristische Personen des öffentlichen Rechts	482
IV.	Besonderheiten bei diversen Rechtssachen	483
1.	Strafrechtliche Entscheidungen	483
2.	Familienrechtliche Entscheidungen	484
3.	Finanzgerichtliche Entscheidungen	485
4.	Sozialrechtliche Entscheidungen	485
5.	Verwaltungsrechtliche Entscheidungen	486
6.	Insolvenzrechtliche Entscheidungen	487
7.	Markenrechtliche Entscheidungen	488
V.	Anforderungen an die Anonymisierung anhand des Aufbaus eines Urteils	490
F.	Fazit	491

Kapitel 4

A.	Begriffliche Grundlagen für eine Anonymisierungsdogmatik	492
I.	Interdisziplinäre Begriffsbestimmung als Ausgangspunkt	492
II.	Anonymisierungsgegenstand	493
1.	Merkmalsträger, Merkmal und Merkmalsausprägung	493
2.	Identität, direkte und indirekte Identifikationsmerkmale	495
a)	Identität	495
b)	Direkte und indirekte Identifikationsmerkmale	496
III.	Bestimmung des Begriffs der Anonymität	499

1.	Annäherung an den Begriff der Anonymität im Kommunikationswesen	499
2.	Anonymitätsmenge	503
3.	Anonymitätsmaße und deren Metrik	506
a)	Äquivalenzklassen	506
b)	K-Anonymität	507
c)	Zahlreiche Weiterentwicklungen, wie l-Diversity, t-Closeness und Differential Privacy	508
d)	Problemstellung bei Gerichtsentscheidungen	508
B.	Besonderheiten bei Gerichtsentscheidungen im Vergleich zu strukturierten Daten	510
I.	Entscheidungen als unstrukturierter Text	510
II.	Merkmal, Merkmalsausprägung oder beides?	511
III.	Entscheidungen als hochdimensionale und weite Datensätze	512
IV.	Indirekte Merkmalskombinationen und einzigartige Anonymitätsmenge	513
C.	Anonymisierungstechniken für die Entscheidungsanonymisierung	515
I.	Grundlegende Einordnung von Anonymisierungstechniken und Vorbermkung	515
II.	Lösung von Merkmalen und Merkmalsausprägungen	516
1.	Definition und Funktionsweise	516
a)	Lösung als teilweise oder vollständige Auslassung	516
b)	Herausforderungen bei der Lösung	517
c)	Anonymisierung und datenschutzrechtliche Lösung	518
2.	Eignung für die Entscheidungsanonymisierung	518
a)	Stärken der Auslassung	518
b)	Nachteile einer vollständigen Auslassung	520
III.	Ersetzung mit Suppressionswert	520
1.	Definition und Funktionsweise	520
2.	Eignung für die Entscheidungsanonymisierung	521
IV.	Generalisierung	521
1.	Definition und Funktionsweise	521
2.	Eignung für die Entscheidungsanonymisierung	522
V.	Aggregierung, Randomisierung oder Vertauschen	524
1.	Definition und Funktionsweise	524
2.	Eignung für die Entscheidungsanonymisierung	525
VI.	Bildung synthetischer Daten	525
1.	Definition und Funktionsweise	525
2.	Eignung für die Entscheidungsanonymisierung	527
VII.	Zwischenfazit: Auslassung oder Ersetzung	529
VIII.	Anonymisierung von Abbildungen in Gerichtsentscheidungen	529
IX.	Abgrenzungen zur Pseudonymisierung und Verschlüsselung	531
1.	Pseudonymisierung	531

2. Verschlüsselung	536
X. Entscheidungsanonymisierung aus Perspektive der Lesbarkeit und Nachvollziehbarkeit	538
1. Anforderungen an die Lesbarkeit und Nachvollziehbarkeit	538
2. Vollständige Auslassung	540
3. Alphanumerische Zeichen als neutrale Bezeichner	541
a) Langsamere visuelle Wahrnehmung beim Lesen	543
b) Langsamere Informationsverarbeitung im Gehirn	544
4. Ersetzung durch andere Merkmalsausprägung	547
5. Generelle Bezeichner	548
XI. Fazit zu den Anonymisierungstechniken in Gerichtsentscheidungen ..	549
D. Anonymitätsmaßstäbe für die Entscheidungsanonymisierung	550
I. Anonymitätsmaßstäbe	550
1. Technische Anonymität	550
2. Absolute Anonymität	551
3. Formale Anonymität	551
4. Faktische Anonymität	553
5. Normativer Anonymitätsbegriff im Datenschutzrecht	554
a) Ausgangspunkt BDSG a.F.	554
b) Anonymität nach der DSGVO	555
c) Maßstab und Kriterien für die Identifizierungswahrscheinlichkeit	556
aa) Gesetzlicher Maßstab und Kriterienkatalog	556
bb) Alle objektiven Faktoren	559
cc) Technologischer Wandel und Datenverfügbarkeit	560
dd) Permanente Evaluierung	562
ee) Risiko(folgen)abschätzung	564
II. Faktische Anonymität für die Entscheidungsanonymisierung	565
1. Anwendung der faktischen Anonymität durch Rechtsprechung ..	565
2. Risikobewertung der Spezifika von Gerichtsentscheidungen ..	566
3. Praktische Konzepte zur Umsetzung faktischer Anonymität ..	569
III. Schlussfolgerung: Anonymität am Maß der De-Anonymisierung ..	571
E. Ableitungen aus De-Anonymisierung und Re-Identifikation	573
I. Angreifer	573
II. Begriff der Re-Identifikation und De-Anonymisierung	575
III. Zusatzwissen	577
1. Begriffsbestimmung	577
2. Bewertungskriterien für das Zusatzwissen	578
a) Zugänglichkeit	578
b) Abgeschlossenheit	579
c) Vertrauenswürdigkeit	580
d) Persönlichkeitsrelevanz	581

3.	Zusatzwissen zu Gerichtsentscheidungen	581
a)	Gerichtsentscheidungen	581
b)	Medienberichte	582
c)	Persönliche Webseiten	583
d)	Suchmaschinen	584
e)	Kartendienste	584
f)	Wikis	585
g)	Branchenverzeichnisse	585
h)	Amtliche Register und Dokumente	585
i)	Zusammenfassendes Bewertungsschema	586
IV.	Vorgehensweisen bei der De-Anonymisierung und Re-Identifikation ..	587
1.	Vorüberlegungen bei der De-Anonymisierung (von Gerichtsentscheidungen)	587
2.	Vorgehensweise und Angriffstechniken	588
a)	Analyse des Angriffsgegenstandes	588
b)	Auswahl des Zusatzwissens	589
c)	Angriffstechniken	589
d)	Bewertung und Verifizierung des Angriffs	592
e)	Weitere Angriffe oder Abbruch	594
V.	Annäherung über De-Anonymisierungs- und Re-Identifikationsexperimente	594
1.	Überblick	594
2.	Erkenntnisse aus statistischen Angriffsverfahren	596
a)	Einzigartigkeit bei demografischen Merkmalen	596
b)	Hochdimensionale Datensätze im Internet	598
3.	Empirische Re-Identifikationsexperimente	599
a)	De-Anonymisierungsexperiment von deutschen Gerichtsentscheidungen	599
aa)	Experimentdesign und Forschungsfragen	599
bb)	Welche Anonymisierungstechniken und anonymisierte Merkmale sind verwundbar?	600
cc)	Welches öffentlich zugängliche Zusatzwissen begünstigt die De-Anonymisierung?	602
dd)	Welche Einsichten in das Konzept des „verhältnismäßigen Aufwands“ kann ein De-Anonymisierungsexperiment liefern?	603
b)	Linkage bei schweizerischen Bundesgerichtsbeschwerden	604
c)	Re-Identifikation von statistischen Daten zu Rückfällen und Verurteilungen	606
d)	Zensusdaten aus 2011 in Großbritannien	607
4.	Entscheidungsdatenbanken als Angriffsgegenstand	610
a)	Angriffsszenarien	610
b)	Prozessverhalten von Repeat Players	612

c) Analyse der individuellen Sprachstile von Richtern und Identifizierbarkeit	613
aa) De-Anonymisierung von Richtern	613
bb) Analysierbarkeit individueller richterlicher Sprachstile	614
cc) Identifizierbarkeit anhand von Sprachstilen	615
dd) Fazit: Analysierbarkeit und unsichere Identifizierbarkeit ..	616
VI. Schlussfolgerungen aus den empirischen Befunden der De-Anonymisierung für die Anonymisierung	619
1. Vorbemerkung	619
2. Anonymisierungstechnik	621
a) Keine partielle Auslassung mit Anfangsbuchstaben	621
b) Vollständige Auslassung sowie neutrale und generelle Bezeichner	624
3. Anonymisierungstiefe und -umfang	626
4. Verfügbarkeit von Zusatzwissen und dessen Abgeschlossenheit ..	629
5. Konsistenz der Anonymisierung	632
6. Zwischenfazit: Hohes De-Anonymisierungsrisiko fordert hohe Anonymisierungsqualität	633
7. Rechtliche Schutzmaßnahmen de lege ferenda	634
a) Bedürfnis nach flankierenden rechtlichen Schutzmaßnahmen? ..	634
b) Weitergabe- und Weiterverwendungsverbote und Löschungspflichten	636
c) Verbot und Pönalisierung der De-Anonymisierung und der Re-Identifizierung	636
aa) Verbote im Konzept der faktischen Anonymität	636
bb) Spezifische Verbote im geltenden Recht	637
cc) Pönalisierung einer Re-Identifizierung und De-Anonymisierung	639
<i>Kapitel 5</i>	
Ansätze für eine Automatisierung der Anonymisierung von Gerichtsentscheidungen	645
A. Ausgangslage und Anforderungen an die automatische Anonymisierung ..	645
B. Technische Lösungsansätze	647
I. Semiautomatisches Suchen und Ersetzen	647
II. Verwendung gerichtlicher Verfahrensdaten	649
III. Automatische regelbasierte Anonymisierung	651
IV. Anonymisierung mit maschinellen Lernverfahren	653
1. Vortrainierte allgemeine Sprachmodelle	653
2. Spezifische Modelle mit manuell erstelltem Goldstandard	655
a) Konzeptionelle Grundlagen	655

Inhaltsverzeichnis	21
b) Automatischer Goldstandard	656
c) Manueller Goldstandard	657
d) Evaluierung spezifischer Modelle zur automatischen Anonymisierung	659
C. Automatische Anonymisierung als Ausweg aus dem Entscheidungsdefizit ..	661
 <i>Kapitel 6</i>	
Ergebniszusammenfassung	663
A. Frei zugängliche Gerichtsentscheidungen für Legal Tech	663
B. Mehrwerte von veröffentlichten Gerichtsentscheidungen	664
C. Veröffentlichungsquoten seit Jahrzehnten überwiegend gering	664
D. Veröffentlichungspflicht von Gerichtsentscheidungen	665
E. Anonymisierungspflicht von Gerichtsentscheidungen	667
F. Sichere Entscheidungsanonymisierung	668
G. Automatische Anonymisierung	669
 Literaturverzeichnis	671
Sachverzeichnis	713

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
a. M.	am Main
abl.	ablehnend
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfP	Archiv für Presserecht
AG	Amtsgericht/Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AGVwGO	Gesetz zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AI	Artificial Intelligence
AICOL	Artificial Intelligence and the Complexity of Legal Systems
al.	alia
allg.	allgemein
Alt.	Alternative
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
ASAIL	Automated Semantic Analysis of Information in Legal Text
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich
Az.	Aktenzeichen
B2C	Business-to-Consumer
BAG	Bundesarbeitsgericht

BAnz.	Bundesanzeiger
BauGB	Baugesetzbuch
BauR	Zeitschrift für das gesamte öffentliche und zivile Baurecht
Bay	Bayern/bayerisch(e)
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayPrG	Bayerisches Pressegesetz
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BB	Betriebs-Berater
BBG	Bundesbeamtengesetz
Bd.	Band
BDG	Bundesdisziplinargesetz
BDO	Bundesdisziplinarordnung
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeamtStG	Beamtenstatusgesetz
BeckOGK	Beck'scher Online-Großkommentar
BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Beg.	Begründer
Beschl.	Beschluss
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BFGG	Bundesfinanzgerichtsgesetz
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundesgerichts
BGerR	Reglement für das Bundesgericht
BGG	Bundesgesetz über das Bundesgericht
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BMW	Bayerische Motoren Werke
BNotO	Bundesnotarordnung
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
BRat-Drs.	Bundesrats-Drucksache

BremStGHG	Gesetz über den Staatsgerichtshof der Freien Hansestadt Bremen
BRZ	Bundesrechenzentrum
BSG	Bundessozialgericht
bspw.	beispielsweise
BStatG	Bundesstatistikgesetz
BStGerIR	Reglement des Bundesstrafgerichts über die Grundsätze der Information
BTC	Bitcoin
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerfGO	Geschäftsordnung des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
B-VG	Bundes-Verfassungsgesetz
BVwGG	Bundesverwaltungsgerichtsgesetz
BZRG	Bundeszentralregistergesetz
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CEPEJ	Council of Europe European Commission for the efficiency of justice
CR	Computer und Recht
CSV	Comma-Separated Values
D.h.	Das heißt
DB	Der Betrieb
DesignG	Designgesetz
DGRI	Deutsche Gesellschaft für Recht und Informatik e. V.
DM	Deutsche Mark
DNG	Datennutzungsgesetz
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DNS	Desoxyribonukleinsäure
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
Dr.	Doktor
DRiG	Deutsches Richtergesetz
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DS	Der Sachverständige
DSG	Datenschutzgesetz
DSGVO/DS-GVO	Datenschutzgrundverordnung

DStR	Deutsches Steuerrecht
DStRE	Deutsches Steuerrecht Entscheidungsdienst
DuD	Datenschutz und Datensicherheit
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
DVD	Digital Versatile Disc
e. V.	Eingetragener Verein
ECLI	European Case Law Identifier
Ed.	Editor/Edition
EG	Europäische Gemeinschaft
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGMRVerfO	Verfahrensordnung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
EGovG	E-Government-Gesetz
eIDAS-VO	Verordnung über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
EL.	Ergänzungslieferung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
Ents.	Entscheidung
EPLJ	European Property Law Journal
Erwg.	Erwägungsgrund
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGHVfO	Verfahrensordnung des Gerichts der Europäischen Union
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuGVfO	Verfahrensordnung des Gerichtshof der Europäischen Union
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f.	folgende
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FAU	Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

FD-StrafR	Fachdienst Strafrecht
ff.	folgende
FG	Finanzgericht
FGO	Finanzgerichtsordnung
Fn.	Fußnote
G8	Gruppe der acht führenden Industrieländer
GA	Golddammer's Archiv für Strafrecht
GBO	Grundbuchordnung
GebrMG	Gebrauchsmustergesetz
gem.	gemäß
gen.	genannt
GeschGehG	Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GO	Geschäftsordnung/Gemeindeordnung/Gerichtsordnung
GOBAG	Geschäftsordnung des Bundesarbeitsgerichts
GOBFH	Geschäftsordnung des Bundesfinanzhofs
GOBGH	Geschäftsordnung des Bundesgerichtshofes
GOBSG	Geschäftsordnung des Bundessozialgerichts
GOBVerwG	Geschäftsordnung des Bundesverwaltungsgerichts
GOG	Gerichtsorganisationsgesetz
GrCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GR-PatGer	Geschäftsreglement für das Bundespatentgericht
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Internationaler Teil
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht in der Praxis
GRUR-RR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht Rechtsprechungs-Report
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GVRZ	Zeitschrift für das gesamte Verfahrensrecht
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HalblSchG	Halbleiterschutzgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HIPAA	Health Insurance Portability and Accountability Act
HNO	Die Zeitschrift für Hals-, Nasen, Ohren-Heilkunde
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz

HTML	Hypertext Markup Language
HwO	Handwerksordnung
i. E.	im Ergebnis
i. S.	im Sinne
i. S. d.	im Sinne der/des
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
IBAN	International Bank Account Number
IEEE	Institute of Electrical and Electronics Engineers
IFG	Informationsfreiheitsgesetz
IMDb	Internet Movie Database
InsO	Insolvenzordnung
IPbpR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
IRIS	Internationales Rechtsinformatik Symposion
IR-PatGer	Informationsreglement für das Bundespatentgericht
ISO	International Organization for Standardization
IT	Informationstechnologie
IWG	Informationsweiterverwendungsgesetz
JA	Juristische Arbeitsblätter
JAktAG	Justizaktenaufbewahrungsgesetz
JAktAV	Justizaktenaufbewahrungsverordnung
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JI-RL	Richtlinie (EU) 2016/680 vom 27.04.2016
JITE	Journal of Institutional and Theoretical Economics
jM	Juris – die Monatszeitschrift
JR	Juristische Rundschau
JSON	JavaScript Object Notation
JURA	Juristische Ausbildung
jurisPK	juris PraxisKommentar
jurisPR-ITR	juris PraxisReport IT-Recht
JURIX	International Conference on Legal Knowledge and Information Systems
JurPC	JurPC – Internet-Zeitschrift für Rechtsinformatik und Informati- onsrecht
JuS	Juristische Schulung
jusIT	Zeitschrift für IT-Recht, Rechtsinformation und Datenschutz
JVKostG	Justizverwaltungskostengesetz
JVKostO	Justizverwaltungskostenordnung

JZ	Juristenzeitung
K&R	Kommunikation & Recht
Kap.	Kapitel
KapMuG	Kapitalanleger-Musterverfahrensgesetz
KG	Kammergericht
Kg	Kilogramm
KI	Künstliche Intelligenz
KK-StPO	Karlsruher Kommentar zur StPO
KlagRegV	Klageregisterverordnung
KriPoZ	Kriminalpolitische Zeitschrift
krit.	kritisch
KV	Kostenverzeichnis
LAG	Landesarbeitsgericht
LG	Landgericht
LGBL.	Landesgesetzblatt
lit.	litera
LSG	Landessozialgericht
LT	Landtag
LTZ	Legal Tech – Zeitschrift für die digitale Anwendung
LVerfGG M-V	Gesetz über das Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern
LVerfGG SH	Gesetz über das Schleswig-Holsteinische Landesverfassungsgericht
LVerfGG ST	Landesverwaltungsgerichtsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
LVwGG	Landesverwaltungsgerichtsgesetz
M. E.	meines Erachtens
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
MarkenG	Markengesetz
MarkenR	Zeitschrift für deutsches, europäisches und internationales Mar- kenrecht
MarkenV	Markenverordnung
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MiStra	Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern
MMR	Zeitschrift für IT-Recht und Recht der Digitalisierung
MR-Int	Medien und Recht International
MüKo	Münchener Kommentar
NER	Named Entity Recognition

NJ	Neue Justiz
NJOZ	Neue juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report
No.	Number
Nr.	Nummer(n)
NRW	Nordrhein-Westfalen
NStGHG	Niedersächsisches Gesetz über den Staatsgerichtshof
NStGHGO	Geschäftsordnung des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	Neue Zeitschrift für Strafrecht Rechtsprechungs-Report
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht Rechtsprechungs-Report
NYU	New York University
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZFam	Neue Zeitschrift für Familienrecht
NZKart	Neue Zeitschrift für Kartellrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
o. Ä.	oder Ähnliche
o. g.	oben genannt
OGH	Oberster Gerichtshof
OGH-G	Bundesgesetz über den Oberstern Gerichtshof
OLG	Oberlandesgericht
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
OVG	Obervorwaltungsgericht
OZG	Onlinezugangsgesetz
PatG	Patentgesetz
PatGG	Bundesgesetz über das Bundespatentgericht
PDF	Portable Document Format
PharmR	Fachzeitschrift für das gesamte Arzneimittelrecht
Pkw	Personenkraftwagen
PLoS	Public Library of Science
PSI-RL	RL (EU) 2019/1024 vom 20.06.2019
PStG	Personenstandsgesetz
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RDi	Recht Digital

RDV	Recht der Datenverarbeitung
RG	Reichsgericht
RGBI.	Reichsgesetzblatt
RIS-Justiz	Rechtsinformationssystem des Bundes
RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RohR	Richter ohne Robe
RP	Rheinland-Pfalz
Rs.	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
RTF	Rich Text Format
RZ	Österreichische Richterzeitung
Rz.	Randziffer
S.	Seite, Satz (bei Rechtsnormen)
s.	siehe
SG	Sozialgericht
SGB	Sozialgesetzbuch
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SJZ	Schweizerische Juristenzeitung
SK	Systematischer Kommentar
sog.	sogenannt
SortSchG	Sortenschutzgesetz
St.	Sankt
StatG	Statistikgesetz
StBerG	Steuerberatungsgesetz
StBOG	Bundesgesetz über die Organisation der Strafbehörden des Bundes
StGB	Strafgesetzbuch
StGHG	Staatsgerichtshof
StGHG He	Gesetz über den Staatsgerichtshof des Landes Hessen
StPO	Strafprozessordnung
Str.	Straße
StuW	Steuer und Wirtschaft
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVollstrO	Strafvollstreckungsordnung
StVollzG	Strafvollzugsgesetz
ThürVerfGHG	Gesetz über den Thüringer Verfassungsgerichtshof

TMG	Telemediengesetz
Tz.	Textziffer
u. a.	unter anderem
U.S.	United States
UCLA	University of California
UIG	Umweltinformationsgesetz
UK	United Kingdom
UKlaG	Gesetz über Unterlassungsklagen
UNO-Pakt	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte
UrhG	Urheberrechtsgesetz
URL	Uniform Resource Locator
Urt.	Urteil
USA	United States of America
usw.	und so weiter
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v.	vom/von
Var.	Variante
VDuG	Verbraucherrechte durchsetzungsgesetz
VerfGG HA	Gesetz über das Hamburgische Verfassungsgericht
VerfGGBbg	Verfassungsgerichtsgesetz Brandenburg
VerfGHG Ber	Gesetz über den Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin
VerfGHG BW	Gesetz über den Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg
VerfGHG NRW	Gesetz über den Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen
VerfGHG Sächs	Sächsisches Verfassungsgerichtshofsgesetz
VerfGHG Sar	Gesetz über den Verfassungsgerichtshof des Saarlandes
Vfg.	Verfügung
VfGHG Bay	Gesetz über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof
VG	Verwaltungsgericht
VGG	Bundesgesetz über das Bundesverwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
VGHG RP	Landesgesetz über den Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz
VGIR	Informationsreglement für das Bundesverwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VGR	Geschäftsreglement für das Bundesverwaltungsgericht
VIG	Verbraucherinformationsgesetz
VO	Verordnung
Vol.	Volume

Vorb.	Vorbemerkung
VR	Verwaltungsrundschau
VwGH	Verwaltungsgerichtshof
VwGHG	Verwaltungsgerichtshofgesetz
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WDO	Wehrdisziplinarordnung
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention
XML	Extensible Markup Language
z. B.	zum Beispiel
ZD	Zeitschrift für Datenschutz
ZdiW	Zeitschrift für das Recht der digitalen Wirtschaft
ZDRW	Zeitschrift für Didaktik der Rechtswissenschaft
ZfDR	Zeitschrift für Digitalisierung und Recht
ZfIR	Zeitschrift für Immobilienrecht
ZfM	Zeitschrift für Medienwissenschaft
ZfpW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
ZGI	Zeitschrift für das gesamte Informationsrecht
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik
ZJS	Zeitschrift für das juristische Studium
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht
zust.	zustimmend
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozess International

Kapitel 1

Einleitung, Begriffsbestimmungen und Problemaufriss

„Kein Roboter soll mir das Schönste wegnehmen, was ich habe ...
die Arbeit.“¹
(Daniel Düsentryeb)

A. Warum braucht es (auch) veröffentlichte und anonymisierte Gerichtsentscheidungen? Daten für Legal Tech

Wer im 20. Jahrhundert die Frage stellte, warum Gerichtsentscheidungen zu veröffentlichen sind, der wird andere Antworten erhalten haben, als in der heutigen Zeit. Ein Teil der Antworten ist weiter deckungsgleich und umfasst die Information der Öffentlichkeit und die Ermöglichung der Kontrolle der Rechtsprechung.² Der andere Teil der Antworten wurde erst mit den technischen Fortschritten in der Informationstechnologie geboren. Gerichtsentscheidungen könnten im Zuge der Evolution von Legal Tech als Daten in Software-Anwendungen Verwendung finden.³ Während für die früheren Funktionen dem Anschein nach ein geringer Anteil an Entscheidungen ausreichend war, könnte sich das mit Anwendungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) geändert haben. Braucht es für Legal Tech-Anwendungen mehr juristische Daten als bisher? Und wenn ja, wie ließe sich das erreichen und welche Hemmnisse bestehen? Ein Hemmnis könnte eine nicht ausreichend effiziente Anonymisierung der Gerichtsentscheidungen sein.⁴ Wenn

¹ Barks, Daniel Düsentryeb, S. 5–12, Monsterstadt.

² BVerwG, NJW 1997, 2694f.

³ Wagner, Legal Tech und Legal Robots, 2. Aufl., S. 25; Keuchen/Deuber, RDi 2022, 189, 190; Otte/Breidenbach, ZRP 2023, 130, 133.

⁴ Adrian/Evert/Keuchen/Heinrich/Dykes, in: Schweighofer/Kummer/Saarenpää/Eder/Hanke (Hrsg.), Cybergovernance – Tagungsband des 24. Internationalen Rechtsinformatik Symposiums IRIS 2021, S. 137, 138f.; Wagner, Legal Tech und Legal Robots, 2. Aufl., S. 25; Otte/Breidenbach, ZRP 2023, 130, 133; Feuerhelm, RDi 2023, 368, 370; Grabmair, in: Ebers (Hrsg.), Stichwortkommentar Legal Tech, Nr. 26 Rn. 51.

die Anonymisierung der Flaschenhals für die Entscheidungspublikation ist, dann ist eine wesentliche Voraussetzung für Legal Tech und KI-Anwendungen im Recht die Effizienz der Anonymisierung zu steigern.⁵ Für die Effizienzsteigerung könnten zukünftig Software-Anwendungen zur automatischen Anonymisierung eingesetzt werden, die ggf. selbst auf KI setzen.⁶ Im Folgenden werden zunächst die technischen Grundlagen erläutert. Ebenso wird den praktischen Bedarfen und weiteren Hemmnissen sowie der Ausgangslage mit Blick auf die Entscheidungsveröffentlichung und Anonymisierung nachgegangen.

B. Warum entwickeln sich Legal Tech, juristische KI, Blockchain-Technologie usw. für juristische Anwendungen nur langsam?

I. Legal Tech

Legal Tech(nology) ist seit 2015 in aller Munde und seitdem ist ein Hype um diesen Begriff entstanden.⁷ Schnell entwickelte sich eine Blase an Buzzwords um den Begriff Legal Tech: Legal KI, Predictive Justice, AI Governance, Blockchain, Smart Contracts, automatische Vertrags- und Klausurprüfung, Legal Chatbots, Legal Design usw.⁸ Damit verbunden entstanden rasch große Marketingversprechen rund um Legal Tech.⁹ Viele größere Kanzleien oder Unternehmen, die ein gutes Marketing und eine proaktive Kundenakquise betreiben, haben sogar mit der Einrichtung einer eigenen Legal Tech-

⁵ *Adrian/Evert/Keuchen/Heinrich/Dykes*, in: Schweighofer/Kummer/Saarenpää/Eder/Hanke (Hrsg.), *Cybergovernance – Tagungsband des 24. Internationalen Rechtsinformatik Symposiums IRIS 2021*, S. 137, 138f.; *Rostalski/Völkening*, *ZfDR* 2021, 27, 28.

⁶ *Adrian/Dykes/Evert/Heinrich/Keuchen*, in: Schweighofer/Zanol/Eder (Hrsg.), *Rechtsinformatik als Methodenwissenschaft des Rechts – Tagungsband des 26. Internationalen Rechtsinformatik Symposiums IRIS 2023*, S. 211–220; *Rostalski/Völkening*, *KriPoZ* 2019, 265, 272.

⁷ *Hartung*, in: Hartung/Bues/Halbleib (Hrsg.), *Legal Tech*, S. 5 ff.; *Steinrötter/Warmuth*, in: Hoeren/Sieber/Holznagel (Hrsg.), *Handbuch Multimedia-Recht*, 59. EL., Teil 30 Rn. 3; *Wagner*, *Legal Tech und Legal Robots*, 2. Aufl., S. 5.

⁸ <https://www.gartner.de/de/artikel/4-schluesseltrends-im-hype-cycle-von-gartner-fuer-rechts-und-compliance-technologien-2020>.

⁹ *Galetzka/Garling/Partheymüller*, *MMR* 2021, 20, 21, deuten an, dass vielfach „mehr ‚Legal Tech‘ draufstehen als drin ist“; *Steinrötter/Warmuth*, in: Hoeren/Sieber/Holznagel (Hrsg.), *Handbuch Multimedia-Recht*, 59. EL., Teil 30 Rn. 1; *Werthmann*, in: Ebers/Heinze/Krügel/Steinrötter (Hrsg.), *Künstliche Intelligenz und Robotik*, § 22 Rn. 8; *Timmermann*, *Legal Tech-Anwendungen*, S. 279.

Abteilung gezeigt, wie forciert sie in dem Bereich sind.¹⁰ Dazu kann die Werbung, dass die Rechtsprüfung mittels KI erfolgt ist,¹¹ bei den Mandanten¹² anziehend wirken. Der politische Sprachgebrauch des Begriffs KI als Buzzword verstärkt den erweckten Eindruck aus dem Marketing.¹³ Es könnte der Eindruck entstanden sein, dass in fast jeder neuen Legal Tech-Anwendung mittlerweile KI enthalten sei. Die beiden Begriffe sind gerade nicht deckungsgleich.¹⁴ Allerdings spielt für den überwiegenden Teil der Rechtsanwaltschaft KI in der aktuellen Praxis „keine Rolle“.¹⁵ Ähnliches gilt für Smart Contracts, welche die Vollziehung von vertraglichen Angelegenheiten mit Hilfe von einfachen Programmen von selbst regeln sollen.¹⁶ Darüber hinaus wurde die Blockchain-Technologie¹⁷ für rechtliche Bereiche, wie für Smart Contracts oder dem Grundbuch angepriesen, wenn obendrein noch eine Fälschungssicherheit erreicht werden soll.¹⁸ Doch größtenteils steckt wohl noch viel Marketing hinter den Aussagen und selten selbstlernende Algorithmen mit einem hohen Automatisierungsgrad zur Erfüllung von komplexen juristischen Aufgaben.¹⁹ Die meisten Legal Tech-Anwendungen bewegen sich in funktionaler Betrachtung im Bereich von Office-Tech, d. h. Software zur Erleichterung der

¹⁰ Vgl. Würkert/Klafki/Winter, in: Klafki/Würkert/Winter (Hrsg.), Digitalisierung und Recht, S. 1, 15.

¹¹ Vgl. zum Hype der KI: Baum, in: Leupold/Wiebe/Glossner (Hrsg.), IT-Recht, 4. Aufl., Teil 9.1 Rn. 1.

¹² Der einfacheren Lesbarkeit halber wird auf die gleichzeitige Verwendung weiblicher und männlicher Sprachformen in dieser Arbeit verzichtet und das generische Maskulinum verwendet.

¹³ Herberger, NJW 2018, 2825, 2826. Vgl. Kevekordes, in: Hoeren/Sieber/Holznagel (Hrsg.), Handbuch Multimedia-Recht, 59. EL., Teil 29.1 Rn. 1; Timmermann, Legal Tech-Anwendungen, S. 279; Niemann/Kevekordes, CR 2020, 17.

¹⁴ Paar, Österreichische Juristen-Zeitung 2021, 213, 214.

¹⁵ Werthmann, in: Ebers/Heinze/Krügel/Steinrötter (Hrsg.), Künstliche Intelligenz und Robotik, § 22 Rn. 7, 37. Ebenso Steinrötter/Warmuth, in: Hoeren/Sieber/Holznagel (Hrsg.), Handbuch Multimedia-Recht, 59. EL., Teil 30 Rn. 2.

¹⁶ Steinrötter/Warmuth, in: Hoeren/Sieber/Holznagel (Hrsg.), Handbuch Multimedia-Recht, 59. EL., Teil 30 Rn. 12.

¹⁷ Zur Funktionsweise der Blockchain-Technologie und einer zivilrechtlichen Bewertung Keuchen, in: Ferrand/Knetsch/Zwickel (Hrsg.), Die Digitalisierung des Zivilrechts und der Ziviljustiz in Deutschland und Frankreich, S. 115–140.

¹⁸ Vgl. Beck, DÖV 2019, 648, 650; Werthmann, in: Ebers/Heinze/Krügel/Steinrötter (Hrsg.), Künstliche Intelligenz und Robotik, § 22 Rn. 41; Steinrötter/Warmuth, in: Hoeren/Sieber/Holznagel (Hrsg.), Handbuch Multimedia-Recht, 59. EL., Teil 30 Rn. 12; Wagner, Legal Tech und Legal Robots, 2. Aufl., S. 36.

¹⁹ Fries, in: Kaulartz/Braegelmann (Hrsg.), Rechtshandbuch Artificial Intelligence und Machine Learning, S. 651; Galetzka/Garling/Partheymüller, MMR 2021, 20, 21, vermuten auch zumeist regelbasierte Systeme und nur selten selbstlernende Systeme mittels maschineller Lernverfahren. Mielke/Wolff, in: Schweighofer/Kummer/Saarenpää/Eder/Hanke (Hrsg.), Cybergovernance – Tagungsband des 24. Internationalen